

Der Maler

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonnabends Abonnementspreis 3 M pro Quartal bei freier Zustellung unter Kreuzband 4 M	Schriftleitung und Geschäftsstelle: Hamburg 86, Alster-Terrasse Nr. 10 Fernsprecher: Nordsee 3246	Postcheckkonto: Vermögensverwaltung des Verbandes Hamburg 11598
---	---	---

In die werttätige Bevölkerung im Freistaat Sachsen.

Arbeiter! Gewerkschaftsmitglieder!

Wiederum steht Sachsen vor Landtagswahlen. Wiederum ringt die sächsische Arbeiterschaft um politische Macht, um Einfluß auf Staat und Verwaltung. Mehr als je zuvor steht aber die diesjährige Wahl im Zeichen wirtschaftlicher und sozialer Kämpfe.

Sachsen, einst ein blühendes Land der Arbeit, ist zum Land der Arbeitslosigkeit geworden. Die Not der Arbeitslosen und Kurzarbeiter schreit zum Himmel!

Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und Arbeitslosennot!

Was aber hat die bürgerliche Regierung getan? Unter dem Einfluß industrieller Scharfmacher ist sie im Reichsrat wiederholt für Abbau der Arbeitslosenversicherung eingetreten — trotz der unerträglichen Arbeitslosigkeit — trotz der Not der Gemeinden.

Die sozialen Aufgaben des Staates wurden abgebaut; die Mittel zur Linderung der ungeheuren Not der arbeitenden Bevölkerung rücksichtslos gedrosselt! Millionenbeträge hat die bürgerliche Regierung gerade dort „eingespart“, wo

Leben und Gesundheit des Volkes auf dem Spiele stehen. Der Wille der Industrieherrn galt ihr stets mehr als die Sache des Volkes.

Jetzt kehrt die Arbeiterschaft wieder in schwerstem Kampfe um Erhaltung von Arbeiterschaft, Arbeiterversicherung und Arbeitslohn. Auf

der ganzen Linie setzt der Angriff der Unternehmer ein. Sie glauben, die Arbeiterschaft liege durch Not und Elend geschwächt am Boden — sie zu überrennen sei ein Leichtes.

Der Schrei der Massen nach Arbeit und Brot wird vom Unternehmertum beantwortet mit der Forderung:

Abbau der Löhne! Verlängerung der Arbeitslosigkeit!

Arbeiter! Gewerkschafter! Hört diesen Kampfruf! Hört unsere Mahnung!

Die Kapitalisten haben als Besitzer der Fabriken und Maschinen eine große wirtschaftliche Macht!

Wollt ihr, daß diese Macht noch gesteigert wird durch unbeschränkte politische Herrschaft?

Wollt ihr, daß in den bevorstehenden Entscheidungskämpfen Kapital und Staatsgewalt vereint gegen euch stehen?

Nein, ihr könnt es nicht wollen! Eure ureigensten Lebensinteressen erfordern Einsatz aller Kräfte gegen die Bildung einer neuen Bürgerblockmehrheit! Wenn euch ausreichender Lohn und erträgliche Arbeitsbedingungen, wenn euch das Wohl eurer Kinder, wenn euch der Aufstieg der Arbeiterklasse am Herzen liegt,

dann setzt jetzt, bei dem nächsten Landtag eine Arbeiterblockmehrheit durch, die Seite an Seite mit den Gewerkschaften eure politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Interessen wahrnimmt.

Kampf gegen die Wiederkehr des Bürgerblocks heißt aber auch:

Verschärfter Kampf gegen die Seuche des Faschismus!

Verschärfter Kampf gegen jene politischen Abenteuerer, die sich Nationalsozialisten nennen. Mit den banalsten Phrasen — den Arbeitern gegenüber proletarisch-sozialistisch, den Kleinbürgern gegenüber antisemitisch-nationalistisch abgetönt — versuchen sie, sich Eingang in die Arbeiterschaft zu erschleichen. Unfähig, praktische Arbeit zu leisten, zielt diese Reaktionärste aller Parteien darauf ab, durch Lüge und Verleumdung die Arbeiter gegeneinander zu hegen, ihre Kampffront zu schwächen.

Macht Schluss mit diesen gelben Hakenkreuzlern! Legt ihnen das Handwerk! Entlarvt sie als das, was sie sind: Söldlinge der Kapitalisten, die tatsächlichen Feinde der Arbeiterklasse.

Unser Ziel muß sein, in den Gewerkschaften die Kräfte des schaffenden Volkes zu sammeln, vereint mit der Sozialdemokratie der Arbeiterschaft Geltung zu verschaffen und dem Bürgerblock eine entscheidende Niederlage zu bereiten!

Sachsen, das Land des Arbeitervolkes, muß unser sein.

Wir rufen alle Männer und Frauen des schaffenden Volkes auf, in Stadt und Land unablässig zu werben

für die Sozialdemokratische Partei. — Wählt am 22. Juni Liste 1!

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Bezirk Sachsen.

Das Arbeitsdienstjahr, eine wirtschaftspolitische Bierstischidee

Kein Mensch kann sich heute mehr der Erkenntnis verschließen, daß die riesige Arbeitslosigkeit das große Volksübel ist, das zu lindern und zu heilen erste soziale und politische Pflicht ist. Es fehlt in dieser Beziehung auch nicht an Mahnungen und Vorschlägen, die nur allzu oft wertlos und gefährlich sind, weil sich hinter ihnen allerengste Interessenwünsche verbergen. Die Heilvorschlüge der Industrie lauter, Arbeitszeitverlängerung und Lohnsenkung, um dadurch billiger produzieren, neue Märkte erobern und dort mehr absetzen zu können. Daß aber der durch Lohnsenkungen verursachte Kaufkraftausfall das Übel nur noch vergrößern müßte, und verlängerte Arbeitszeiten die vorhandenen Arbeitsplätze noch vermindern würden, übersteht dieses interessenmäßige Sanierungsprogramm. Das sozialreaktionäre Bürgertum, politisch und ideenmäßig in den Parteien der jetzigen Regierungskoalition zusammengefaßt, will den Erwerbslosen die Unterstützung beengen, um so auf sie einen verstärkten Druck zur Arbeitsuche auszuüben. Kein Zweifel, durch Hunger kann man erreichen, daß die Fabrikttore noch stärker belagert werden als jetzt schon, aber nicht, daß sie sich dem Arbeitsuchenden auch öffnen, und freie Arbeitsplätze werden auch heute sofort besetzt. Aber auch diese Vorschläge haben einen tieferen Sinn. Je stärker der durch verkürzte Unterstützungen erzeugte Kampf um die noch vorhandenen Arbeitsplätze ist, um so gefügiger glaubt das Unternehmertum in Fragen des Lohnes und der Arbeitszeit auch jene Arbeiter zu bekommen, die zur Zeit noch im Produktionsprozeß stehen. Und daß es die vornehmste Aufgabe der jetzigen Regierung ist, reaktionäre Arbeitgeberwünsche zu erfüllen, beweisen ihr Entstehungsgrund und ihre bisherigen Taten. Im Bereiche der Finanzpolitik, vor allem bei den Steuern, wird die Kapitalbildung zum Allheilmittel gegen die Arbeitslosigkeit angepriesen. Dabei ist in erster Linie an Sparkapitalien gedacht, und da angenommen wird, sparen können nur die vermögenden Volksschichten, so müssen diese ganz besonderer Steuerschonung teilhaftig werden. Deswegen keine Erhöhung der Erbschaftsteuer oder der zu veranlagenden Einkommensteuer, wohl aber Wegfall der Rückersattungen bei der Lohnsteuer und Erhöhung fast aller Massensteuern. Nun soll der entlastete Besitz Kapital bilden, das neue Arbeitsplätze schaffen soll. Daß es, wie die Sparkasseneinlagen beweisen, auch eine Kapitalbildung von unten gibt, wird auch hier übersehen, denn sie rechtfertigt bei dieser Sachlage die Forderung nach höheren Löhnen, die aber, so hört man es gerade aus jenen Kreisen, die Arbeitslosigkeit verschuldet haben. Es wird hier in allen Fällen das Volksübel der Arbeitslosigkeit und die erdreichende Not derer, die davon betroffen sind, von engstirnigster Interessenpolitik mißbraucht.

Zu diesen Ratschlägen aus industriellen und parlamentarischen Beratungszimmern, aus Redaktionsstuben und Hörsälen, dringt neuerdings wieder verstärkt eine Empfehlung vom Bierstisch her an unser Ohr. Wer könnte daran zweifeln, daß nicht auch von dort her vernünftige Vorschläge kommen? Der geruhhlame Bürger schlüpfte beim Glase Gerstensaft so: Früher hatten wir zu Wasser und zu Lande rund 875 000 Soldaten, heute nur noch 115 000. Könnten wir zur früheren Zahl zurückgelangen, dann würde die Arbeitslosigkeit mit einem Schlage um die Differenz von 760 000 Mann vermindert werden, ja um noch mehr, denn zum Militär kämen nur die kräftigsten Arbeitsjahrgänge, die dann durch minderleistungsfähigere zu ersetzen wären, wofür ihrer noch mehr gebraucht werden würden. Freilich geht das nicht, wegen des Versailler Vertrages, aber man braucht die jungen Leute ja nicht mit Waffen auszubilden, sondern man lasse sie arbeiten. Das ist sogar noch besser, da an vielen deutschen Bierstischen noch die Meinung obwaltet, die meisten Erwerbslosen wollen nicht arbeiten. So wird aus der früheren Militärdienstzeit ein Arbeitsdienstjahr.

Derartiges wird allen Ernstes verlangt und mit dem moralischen Unterton, damit auch der „verwahrlosten Jugend“ zu dienen, verkündet. Zu den arbeitsmarktlichen Wirkungen des sogenannten Arbeitsdienstjahres aber sei folgendes gesagt. Der Vergleich mit der früheren Militärdienstpflicht hinkt. Die von der Arbeitsdienstpflicht erfaßten Personen würden nur dann zu einer Entlastung für den Arbeitsmarkt werden, wenn sie, ähnlich wie das frühere Militär, mit wirtschaftsunproduktiven Leistungen zu beschäftigen wären. Läßt man sie aber irgendwelche Wirtschaftswerte schaffen, dann nehmen sie andern, heute Beschäftigten, die Arbeit weg. Die Arbeitslosigkeit taucht also an anderer Stelle wieder auf.

Die Hunderttausende aber dort zu beschäftigen, wo zusätzliche Wirtschaftsleistungen erzeugt werden, zum Beispiel der Urbarmachung von brachliegenden Landstrecken, würde genau so wie Lösung dieser Aufgabe ohne Arbeitsdienstzwang scheitern, weil das ein Problem des Kapitalmarktes ist. Die Arbeitsdienstarmee unterzubringen, zu kleiden und zu verpflegen, kostete alljährlich mehrere Milliarden, denn wenn schon unsere 115 000 starke Wehrmacht jährlich drei Viertel Milliarden braucht, so ergäben sich für die Arbeitsarmee phantastische Summen. Bei der heutigen Finanzlage des Reiches, sind schon Summen von hundert Millionen und weniger so heiß umstritten, daß dessentwegen Regierungen stürzen. Wer so kostspielige Projekte proklamiert, sollte zumindest den Versuch machen, auch die Finanzquellen für deren Durchführbarkeit anzugeben.

Welche wirtschaftlichen Gegenwerte von der Arbeitsdienstarmee geschaffen werden könnten, ist weder berechenbar noch überhaupt abzuschätzen. Bei dem oben angegebenen Verwendungszweck (ein anderer ist, wenn die Idee nicht ganz sinnlos werden soll, nicht auffindbar) würde ein

verstärktes Angebot landwirtschaftlicher Produkte die Folge sein, wodurch die Krise der Landwirtschaft geradezu ins Unermessliche steigen würde, denn es darf nie vergessen werden, das Hauptübel des derzeitigen Zustandes in der Wirtschaft ist, daß wir zuviel Waren aller Art haben und nicht zuwenig. Diese Krankheit aber ist nur von der Seite der Kaufkraft her, durch deren Stärkung heilbar, nicht aber durch Mehrproduktion.

Die Kaufkraft aber gerade soll durch Arbeitsdienstpflicht geschwächt werden, denn, wenn man die Arbeiten zu Tariflöhnen durchführen wollte, dann braucht man nicht Zwangsmaßnahmen zu empfehlen. Die in der Wirtschaft vorhandenen Gütervorräte aber sollen steigen und damit neuen Krisen die Wege ebnen. Das alles zeigt, was von dieser Bierstischidee des Arbeitsdienstjahres, rein wirtschafts- und arbeitsmarktpolitisch gesehen, zu halten ist. Ihre Verwirklichung kann nur die eine Folge haben, verstärkte Arbeitslosigkeit. Dabei sollen die andern Seiten des Problems gar nicht ernsthaft geprüft werden, beispielsweise, wer Arbeitssoldat werden soll, ob nur der Lehrling oder Geselle, die auch schon woanders Arbeit haben, „eingezogen“ werden sollen, oder ob das auch für den Studenten der Medizin und den Gerichtsassessor gelten soll usw. Mit derartigen Fragen muß man beizeiten aufhören, weil sonst aus etwas Ernstgemeintem allzu schnell eine Satire wird. Jedenfalls zeigt auch das ganze Projekt des Arbeitsdienstjahres mit erschreckender Deutlichkeit, wohin es führt, wenn Menschen, denen der Militarismus die stetig anzuwendende Heilslehre ist, sich in das Gebiet der Politik verirren. F. V.

Der Lebensweg des Malers.

In unserer Jugendzeitschrift wurden die Jungkollegen schon oft auf die Notwendigkeit hingewiesen, sich ein möglichst umfassendes berufliches Wissen und Können anzueignen, um damit sich selbst und dem gesamten Gewerbe zu nützen. Die Tatsache, daß von unsern größeren Filialen Kurse eingerichtet wurden, um den Jungkollegen auch dadurch Gelegenheit zur weiteren fachlichen Vervollkommnung zu geben, beweist auch, wie ernst wir es mit unsern Ermahnungen in bezug auf bestmögliche berufliche Ausbildung nehmen. Die Herausgabe der Zeitschrift: „Fachblatt für Maler“ unter Bereitstellung größerer Mittel und Abgabe an die Mitglieder der Jugendabteilung zum halben Preise, ist ein weiterer Beweis dafür. Wir unterschätzen also den Wert eines guten beruflichen Könnens gewiß nicht, halten uns aber für verpflichtet, nachdem in für die Lehrlinge bestimmten Beilagen der Arbeitgeberzeitungen auch zu dieser Frage Stellung genommen wird, dazu einiges zu bemerken.

In der Arbeitgeberpresse werden die Dinge so dargestellt, als wenn es nur auf die Tüchtigkeit des Lehrlings beziehungsweise Gehilfen ankommt, ob er später selbständig

zu werden vermag. Es wird behauptet, daß der Minderleistungsfähige als Gehilfe sein Leben fristen muß. Dieser habe aber deshalb keinen Grund neidisch zu sein, denn daran, daß er nicht auch Meister wurde, sei nur sein Unfleiß, seine Bequemlichkeit oder seine Unfähigkeit schuld. Wer solche Ansichten vertritt, muß schon dem wirklichen Leben recht weit entfremdet sein. Sind denn in der Tat die Tüchtigsten im Gewerbe nur die Meister? Gibt es nicht auch Geschäftsinhaber, die den Beruf des Malers überhaupt nicht erlernt haben? Sind alle, die heute als ältere Gehilfen versuchen müssen sich durchs Leben zu schlagen, tatsächlich dazu nur deshalb verdammt, weil sie beruflich nicht tüchtig genug waren, um Meister zu werden? Uns scheint denn doch in den Köpfen der Lehrlinge eine ganz falsche Vorstellung vom wirklichen Leben zu entstehen, wenn ihnen Theorien nahegebracht werden, die mit der Wirklichkeit so gar nicht übereinstimmen. Heute ist nicht das berufliche Wissen und Können in erster Linie maßgebend, ob jemand Meister wird, sondern viel mehr das dazu notwendige Kapital.

Es wird nicht bestritten, daß vor Jahrhunderten, als das Handwerk noch ein anderes Gesicht als heute hatte, die Tüchtigkeit des Gesellen dafür ausschlaggebend war, ob er es zum Meister brachte, in der Zeit des Hochkapitalismus trifft das aber nur noch sehr bedingt zu. Die Verhältnisse haben sich auch hier gründlich gewandelt. Fähigkeiten und Kenntnisse sind für den, der sie besitzt, gewiß ein Vorteil, aber ohne Geld wird es auch dem Tüchtigsten und Fleißigsten nur schwer gelingen, wirtschaftlich vorwärtszukommen, das heißt, sich selbständigzumachen. Gewiß gelingt es hier und da jemandem, auf der sozialen Stufenleiter emporzuklettern, aber diese Ausnahmen bestätigen nur die Regel, nämlich, daß ein Gehilfe, auch wenn die Vorbedingungen zum Meisterwerden sonst vorhanden sind, Gehilfe bleiben muß. In der modernen Wirtschaft regiert vor allem das Geld, wenn auch nicht verkannt wird, daß die Persönlichkeit und großes fachliches Können, mit zum Erfolge beitragen.

Bei der Ueberfülle unseres Gewerbes mit Kleinmeistern, vor allem jungen Anfängern, die nun versuchen, mit allen erdenklichen Mitteln und Kniffen Arbeiten zu bekommen, ist übrigens auch mancher, der sich gern Meister nennt, nicht auf Rosen gebettet. Der Niedergang des gesamten Maler- und Lackierergewerbes ist nicht zum geringsten Teil mit auf die ungeheure große Zunahme der Zwergebetriebe zurückzuführen, die bewirkt, daß ein Konkurrenzkampf tobt, wie nie zuvor. Um konkurrenzfähig zu sein und möglichst billig arbeiten zu können, werden dann Lehrlinge eingestell, ohne Rücksicht darauf, ob diese später auch die Möglichkeit haben, als Gehilfe arbeiten zu können, geschweige denn, einmal Meister zu werden. Wer all denen, die zur Zeit in der Lehre sind, wenn auch nur indirekt, den Rat gibt, sich später selbständig zu machen, verkennt einmal die Lage unseres Gewerbes, das wahrlich schon mit Meistern genügend gesegnet ist, dann aber auch die Möglichkeiten zum Selbständigwerden. Es werden durch solche Artikel, wie sie zur Zeit durch die Malermeisterpresse gehen, in den jungen Menschen nur Hoffnungen erweckt, durch die sie von der Verfolgung des ihnen Rabelllegendsten abgehalten werden.

Vor dem Meisterwerden kommt die Gehilfenzeit für die Mehrzahl der Lehrlinge nicht nur als Durchgangsstadium, sondern als Dauerzustand. Darum ist für sie die erste Frage: Wie schaffen wir dem Gehilfen eine sichere Existenz? Die Antwort ist nicht schwer, es bleibt nur der Weg über die gewerkschaftliche Organisation. Wer sich einbildet, bald zu den Meistern zu gehören, wird kaum jemals für das Wirken des Verbandes das rechte Verständnis zeigen. Darum klärt die Jugend über die wirkliche Lage, in der sie sich befindet, auf, zerstört die Illusionen, als könnten später alle, wenn sie nur wollen, sich genügend anstrengen und fachlich ausbilden, Meister werden, zeigt ihnen aber vor allem die erste und heiligste Aufgabe, die sie zu erfüllen haben, nämlich Solidarität zu üben mit ihren Berufskollegen, und diese bekunden durch den Zusammenschluß in ihrer gewerkschaftlichen Organisation!

Unterstützung der gewerkschaftseigenen Unternehmungen ist Pflicht der Mitglieder.

Die im LWB. und in der Ufa vereinigten Verbände haben eine Bank ins Leben gerufen, um die Gelder der Gewerkschaften im Interesse der Arbeiter besser zu verwerten. Diese Bank hat auch ein Fahrradwerk (Lindcarwerke gegründet; die dem LWB. angeschlossenen Verbände sind dessen Aktionäre. Unser Verband ist am Lindcarwerk mit Aktienkapital beteiligt. Aus dieser Entwicklung und Tatsache entspringt die Pflicht für die Verbandsmitglieder, ihren Bedarf an Fahrrädern bei diesem Unternehmen zu decken. Verbandsmitglieder, die bei der Existenz eines Eigenunternehmens, in dem das durch ihre Beiträge aufgebrachte Geld als Anlagekapital arbeitet, ihren Bedarf an Fahrrädern anderswo decken, würden sich selbst ins Gesicht schlagen; sie würden auch entgegen den Beschlüssen des Verbandes und der Gewerkschaftskongresse handeln. Seit Jahrzehnten fordern die Gewerkschaften die Produktion entsprechend dem Bedarf, streben Eigenproduktion und seit längerer Zeit Wirtschaftsdemokratie an.

Was bedeuten diese Forderungen und Bestrebungen? Die organisierten Arbeiter wollen hineinwachsen in die Wirtschaft. Das ist aber nicht anders als durch praktische Mitarbeit im Wirtschaftsleben möglich.

Ein solches Unternehmen sind die Lindcar-Fahrradwerke in Lichtenrade bei Berlin, die mit einer eingetragenen Privatkonzurrenz stark zu kämpfen haben. Das Unternehmen hat aber den Beweis der Existenzberechtigung und -möglichkeit erbracht. Die Jahresabschlüsse beweisen, daß ihm Lebenskraft innewohnt, daß es trotz der kapitalstarken Konkurrenz diese in den Schatten stellt. Das war bis jetzt nur möglich, weil diesem Unternehmen die Gewerkschaftsfunktionäre im Umfah der Produktion behilflich waren. Darin kann und muß noch mehr als bisher geschehen. Vor allem muß den Verbandskollegen, die Fahrräder benötigen, plausibel gemacht werden, daß es ihre Pflicht ist, ihren Bedarf bei den Lindcarwerken zu decken, zumal die Lindcarwerke günstigere Lieferungs- und Zahlungsbedingungen leisten, als irgendeine Privatfabrik es weder kann noch tut. Die Lindcarwerke verkaufen gegen Bar- und gegen Abzahlung. Letzteres tun sie nur unter der Voraussetzung einer zweijährigen Mitgliedschaft und Beitragsleistung beim Verband, daß die Mitglieder mit ihren Beiträgen auf dem laufenden und daß die Ratenzahlungen auch sicher sind.

Die Verwalter die Niederlagen, deren die Lindcarwerke zahlreiche in allen Gebieten des Reiches haben, sind verpflichtet, für den Absatz auch in den Gewerkschaftsversammlungen und nach Möglichkeit auch in Betrieben zu werben. Daraus ergibt sich, daß man sie in den Versammlungen zu diesem Zweck auch zulassen muß; denn was hier verlangt wird, geschieht im Einverständnis auch unseres Verbandsvorstandes, der auch im Ausschussrat der Werke vertreten ist. Ueber die Lieferungsbedingungen und Preise von Lindcarfahrrädern bedarf es Ausstellungen hier nicht, das können unsere Mitglieder in den Filialen oder Ortsausschüssen erfahren.

Rund 45 000 Fahrräder setzten die Lindcarwerke im Jahre 1929 um. Die Jahresrechnung basiert in Einnahmen und Ausgaben mit über 5 Millionen Mark, die Bilanz in Aktiva und Passiva weist 8 Millionen Mark aus. Ueber 200 Arbeiter sind zur Zeit beschäftigt, die weit bessere tariflich festgelegte Lohn- und Arbeitsverhältnisse haben als ihre Kollegen in den Privatfahrradwerken. Der Lindcarbetrieb wird technisch wie kaufmännisch muster-gültig geleitet, was sich daraus ergibt, daß die darin arbeitenden Verbandsmitglieder mit 10 % verzinst werden können.

All das zusammen verpflichtet die Mitglieder des Verbandes, nach bestem Können für die Erweiterung und die Festigung dieses Unternehmens zu wirken. Das schließt ein, daß auch Nichtverbandsmitglieder zum Kauf von Rädern aus den Werken gegen Barzahlung animiert werden müssen.

Das Lindcarunternehmen ist, gesehen nach dem Geschäftsbericht und nach der Bilanz vom letzten Jahr, sehr gesund und lebensfähig. Ein sicherer Wechsel auf die Wirtschaftsdemokratie.

Aus unserm Beruf

In Straßburg befinden sich die Kollegen im Streik. Zugang muß streng ferngehalten werden.

Potsdam. Dem Rufe der Bezirksleitung zu einem Jugendtreffen am 20. Mai für den Bezirk Brandenburg war eine stattliche Anzahl Jungkollegen aus den verschiedenen Filialen gefolgt. Von Neubabelsberg aus, wo sich unsere jungen Freunde versammelten, marschierten sie bei schönstem Frühjahrswetter mit ihren roten Wimpeln durch die von der Natur so reich gesegneten blühenden Anlagen bis zum Volkshaus in Potsdam, wo das Mittagsmahl eingenommen wurde. Kollege Mohrmann begrüßte die Jungkollegen, die zum Teil mit ihren Eltern von fern und nah erschienen waren, im Namen der Filiale Potsdam und wünschte dem ersten Jugendtreffen der Provinz auch organisatorisch den besten Erfolg. Kollege Mark wies in seiner Ansprache unter anderem auf die früheren Verhältnisse der Arbeiterschaft hin im Vergleich zu der heutigen eingetretenen Wandlung in Deutschland. Die Fortschritte auf sozialpolitischen und kulturellen Gebieten durch unsere Gewerkschaften sei der treffendste Beweis des siegreich vorwärtsbringenden Organisationsgedankens, der auch unsern jugendlichen Nachwuchs erfasst habe und in immer weitere Kreise getragen werden müsse. Nur allzu früh treten die Schattenseiten des Lebens an die Jugend heran. Der Jungkollege von heute werde der Kampfgenosse in der Organisation von morgen und wahrer stets die Treue zum Verbände. Das Hoch auf unsern Verband und auf die weitere gedeihliche Entwicklung unserer Jugendabteilung fand brausenden Widerhall. Am Nachmittag fanden unter der Führung von Potsdamer Kollegen weitere Besichtigungen statt, so die der herrlichen Anlagen in Sanssouci. Nur allzu rasch verschwanden diese freien schönen Stunden, die aber unsern Jungkollegen aus der Provinz Brandenburg in guter Erinnerung bleiben werden.

Berufsunfälle

Leipzig. Am 9. Mai 1930 erkrankte unser Mitglied August Stand, an Hautekzem durch Terpentin-Eisöl. Am 26. Mai 1930 verunglückte unser Mitglied Richard Viegeweg durch Sturz von der Leiter. Mit Armverstauchung und Brustquetschung mußte er in ärztliche Behandlung gebracht werden.

Stettin. Unser Mitglied Otto Höbke verunglückte am 19. Mai bei Anfrichtarbeiten an einer Treppendecke. Er stürzte von der Rüstung und erlitt eine schwere Hüftverstauchung.

Angewerbliches

Ueber die Tätigkeit und die Erfolge der sozialen Baubetriebe berichten die Nummern 10 und 11 der „Sozialen Bauwirtschaft“. Sie zeigen, daß der schlechte Geschäftsgang auf dem Bauparkt neben den üblichen Begleiterscheinungen — verschärfter Wettbewerb um die Aufträge, Preisunterbietungen und Ringbildung zur Ausschaltung unbequemer Konkurrenten — auch sonst noch recht niedliche Früchte zeitigt. Die Verleumdung der sozialen Baubetriebe haben wir schon angeprangert. Interessant ist, daß nun auch die christlichen Gewerkschaften in ihrem Organ „Der Deutsche“ zum Angriff gegen die Baubetriebe übergehen. Aber alle Begerenschaft kann die erfreuliche Aufwärtsentwicklung nicht aufhalten. Nach der neuesten Beschäftigtenstatistik des Verbandes sozialer Baubetriebe waren im Februar 11 182 (je Betrieb im Durchschnitt 86) und im März dieses Jahres 12 172 (je Betrieb im Durchschnitt 94), in den entsprechenden Zeiträumen des Jahres 1929 dagegen 5660 (42) 9942 (75) Arbeiter und Angestellte tätig. Auch die Steuerleistung der sozialen Baubetriebe gibt einen Maßstab für ihre erfreuliche Entwicklung. Sie beträgt für das Jahr 1929 insgesamt 2 127 684,67 M (im Jahre 1928 1 778 827,68 M). Besonders wertvoll wird diese halbmonatlich erscheinende Zeitschrift des Verbandes sozialer Baubetriebe

Arbeit und Kunst.

Man sagt, daß der erste Rhythmus eines Liedes aus dem Rhythmus der Arbeit entstanden sei. Rhythmische Bewegung löst auch heute noch in uns Melodien aus. Das gleiche Klopfen des Hammers, das Drehen der Mühle dabeim, was wir auch rhythmisch treiben, es drängt uns zum Liede.

So gehören auch bei den niedrig lebenden Völkern Arbeit und Gesang zusammen, und besonders das Mahl-lied ist überall bekannt.

Bei den alten Germanen war es nicht anders. „Wir mahlen Gold; die Mühle des Glücks mache froh reich an funkelnden Schätzen, Ja Reichtum sey er, rabe auf Dämmen, Erwache vergnügt! Dann ist wohl gemahlen.“ Das ist das älteste Mahl-lied aus germanischer Zeit.

Alles ist Rhythmus. Auch das Leben der menschlichen Organe, wie es uns neuerdings der Film beweist, wenn er das rhythmische Geschehen der inneren Muskelarbeit des lebendigen Menschen auf der Leinwand spiegelt. Rhythmus ist Naturgeschehen. Und es kann gar nicht wundern, daß da rhythmisches Handeln auch zum rhythmischen Liede wird.

Das ältere war natürlich die Arbeit. Aus ihr wurde das Lied. Aus dem Schaffen wurde das Kunstgefühl. Wirklichkeit und künstlerisches Fühlen stehen in engstem Zusammenhang. Und nimmt etwas nicht recht im Künstlerleben des Lebens, dann liegt die Ursache an der Wirklichkeit, dem Sozialen, dem Arbeitsleben, der wirtschaftlichen Ordnung des Zusammenlebens.

Kann die Masse der Menschen noch heute im Arbeitsleben den Rhythmus ihres Wesens so erleben, daß dieses Erleben des Schaffens zum Liede zwingt? Die Arbeit hat ihren Rhythmus verloren, und damit ihre künstlerische Seele. Und was wir die Krise künstlerischer Kultur nennen, ist die Krise der Wirtschaft, der Arbeit, des sozialen Zusammenlebens.

Einst wurde ein Arbeitsgang bei den mangelhaften Werkzeugen primitiver Menschen durch viele gleichmäßige Handgriffe durchgeführt. Das Werkzeug zwang zur Dauer rhythmischer Folge. Zur Arbeit gehörte die Zeit, wie zum Rhythmus Zeit und Ruhe gehört. Und zur Kunst.

Aber das Werkzeug wurde verbessert, und mit Hammer und Meißel fährt der geschickte Mensch heute seine 60 Schläge in der Minute aus. Aber diese 60 Schläge sind für das moderne Wirtschaftsleben noch ungenügend, und ein neuer elektrischer Hammer ist jetzt imstande, in der Minute 2300 harte Schläge auszuführen.

Es wäre widersinnig, solche Entwicklung der Technik aufzuhalten. Wir sind erhaben über romantische Schwärmererei. Aber der Mensch ist noch als Maschine in diese Entwicklung gespannt. Diese technische Entwicklung ist noch nicht vollendet. Auch der Mensch ist noch Maschinenenteil. Und zum Mechanismus bestimmt. Zum ewigen Gleichmaß, doch ohne Rhythmus. Zum Mechanismus der Hast und der Schnelligkeit. Und er leidet in seinem rhythmischen Wesen. In seinem künstlerischen Wesen, wie es der Mensch hat.

Solange das Wirtschaftsleben in dieser Profilgestaltung der Hast und diesem technischen Uebergang des Maschinenmenschen noch ist, solange fehlt unserm Zu-

sammenleben der Rhythmus, in dem allein der Sinn für Kunst gedeihen kann. Das Wirtschaftsleben hat den Menschen in seinem feinsten Lebensnerf getroffen, in seinem rhythmischen Gefühl. Es hat die Verbindung von Wirtschaft und Seele zerrissen, von Ordnung und Mensch.

Solange man Menschen als Stücke der Maschine zur mechanischen Hast der Maschine mißbraucht, solange kann das Schaffen nicht den Rhythmus geben, den der Mensch zur reinen künstlerischen Freiheit seines Wesens nötig hat. Die Vollendung der Technisierung erst wird den Menschen befreien, wenn diese Vollendung sich in sozialem, menschlich gestaltetem Leben der Wirtschaft vollzieht.

Deshalb zwingt Kunst zu neuer Formung des Wirtschaftslebens, und Arbeit zwingt zu neuem sozialen Recht. Der Mensch soll sich selbst wieder erleben! Und aus der neuen Harmonie der Seele in sozialer Wirtschaftsordnung erwacht die neue große künstlerische Schöpferfreude, die alle erleben und teilen, weil sie im schaffenden Dasein rhythmische Menschen sind.

Dr. Gustav Hoffmann.

Das Kunstgewerbe ist ein Gebiet, worin sich das Schöne mit Dingen verbindet, die dem Zweck der Roburheit und Bequemlichkeit dienen. Es zieht sich so kräftig hinein in die empirische Welt, es umschlingt sie so innig, daß wir geradezu vergessen, wie alles, was uns umgibt, einen Band des Schönen mit dem Nützlichen darstellt. Und wie arm das Leben ohne das Schöne wäre, können wir nur ahnen. Wer die Schönheit erblickt, fühlt sich mit sich selbst und der Welt in Uebereinstimmung. Goethe.

DIE MALER

Schwebend hoch am Gerüste,
Den Winden hingegeben ihre Brüste:
DIE MALERI

Der Sonne strahlendes Gold
Ist den Schwebenden hold!
DIE MALERI!

Mit Farben schmücken sie die Stadt,
Die sich auf Bergeshöhe eingenistet hat!
DIE MALERI!

An den Häusern entlang
Weht ein freier Gesang:
DIE MALERI!

Der Mädchen kleines zartes Herz
Blickt himmelwärts:
DIE MALERI!

Und was ein rechter Maler ist,
Der weiß schon — wo der Purpur sitzt:
Am Mäulchen!

Schwebend hoch am Gerüste,
Dem Schönen hingegeben Herz und Brüste:
DIE MALERI! MAX DORTU

zurückgegangen ist, zeigt das erste Vierteljahr 1930. Das Ergebnis desselben bleibt insgesamt um 5 % hinter der Vorjahreshöhe zurück. In Bekleidung sowie in Geschenk- und Luxusartikeln betrug der Rückgang des Umsatzes sogar 10 %. Der Umsatzrückgang bei den Großgeschäften ist ein Spiegelbild für die schlechte Konjunkturlage. Wenn die breiten Massen keinen ausreichenden Verdienst haben, dann stößt das gesamte wirtschaftliche Leben. Steigerung der **M a l e r k a u f k r a f t** würde das Wohlbefinden der gesamten Wirtschaft zur Folge haben.

Der weibliche Anteil am Volkseinkommen.

Die Frauenarbeit ist eine weitverbreitete Erscheinung geworden. Von 21 Millionen Arbeitern und Angestellten entfallen auf das weibliche Geschlecht 8 Millionen. Nimmt man die Gesamtheit aller Arbeiter, Angestellten und Beamten, so machen die Frauen ungefähr ein Viertel aller Beschäftigten aus. Das Einkommen der Lohn- und Gehaltsempfänger beträgt rund 46 Milliarden. Der Anteil der weiblichen Arbeitskräfte beläuft sich aber nur auf 8,8 Milliarden oder auf 18 %. Wenn also die Frauen den vierten Teil sämtlicher Lohn- und Gehaltsempfänger stellen, so beträgt ihr Anteil an den Gesamteinkommen noch nicht einmal ein Fünftel. Das Gesamteinkommen der weiblichen Angestellten, deren Zahl rund 1,2 Millionen beträgt, wird auf 1,7 Milliarden geschätzt. Das ergibt je Kopf ein Einkommen von 1417 M jährlich oder 118 M im Durchschnitt pro Monat. Man sieht, hieraus, wie verhältnismäßig niedrig die weiblichen Angestellten entlohnt werden. Das Problem Männer- und Frauenlöhne ist schon des öfteren behandelt worden. Allgemein geht die Ansicht dahin, daß die Frauenarbeit geringer zu entlohnen sei als die gleiche Leistung der Männer. Die Gewerkschaften stehen auf dem Standpunkt, daß für gleiche Arbeit gleicher Lohn gewährt werden muß. Sie haben sich in dieser Beziehung bisher nur zum Teil durchsetzen können. Der Fluch von der Minderwertigkeit der Frau als Arbeitskraft ist noch viel zu verwurzelt als daß hier so rasch eine Veränderung eintreten könnte. Gewiß ist das richtig, daß ein großer Teil der erwerbstätigen Frauen den jüngeren Altersstufen angehört. Dadurch wird aber der große Unterschied zwischen dem Einkommen der Männer und der Frauen nicht erklärt. Erklärlicher ist der Minderverdienst der Frau dadurch, daß der Prozentsatz der gewerkschaftlich organisierten unter den Frauen wesentlich geringer ist als bei ihren männlichen Kollegen. Selbst im Zeitalter der Zwangsarbeitsverträge ist es den Gewerkschaften unmöglich, das Wünschenswerte für die Frauen zu erreichen, wenn der größte Teil derselben jeder gewerkschaftlichen Aktivität enthoben ist. Wenn es in dieser Beziehung einmal anders wird, wird auch mehr für die Frauen getan werden können. Das müssen die weiblichen Arbeiter und Angestellten in Rechnung stellen.

Der erhöhte Roggenzoll.

Mit Wirkung vom 26. Mai 1930 tritt eine Verordnung in Kraft wonach der Zoll für Roggen auf 15 M und der Zoll für Gerste zur Viehfütterung auf 12 M pro Doppelzentner erhöht wird. Damit glaubt man, die Preisbildung auf dem Roggenmarkt zugunsten der Landwirtschaft spürbar genug beeinflusst zu haben. 15 M pro Doppelzentner Roggenzoll bedeutet eine Verdreifachung gegenüber der Vorkriegszeit. Der hohe Zoll für Gerste wird den Schweinemästern ernste Sorgen bereiten. Nunmehr haben die Herren um Schiele ein wichtiges Ziel erreicht. Wir werden bald sehen, welche Folgen sich nunmehr einstellen.

Vom Ausland

Strassburg. Da die Lohnforderung der Maler von den Unternehmern gar nicht beachtet wurde, beschloss eine Malerversammlung, die Arbeit einzustellen. Die Strassburger Malerinnung versucht nun, nachdem sie von Paris die Genehmigung erhalten hat, deutsche Malergehilfen als Streikbrecher heranzuziehen.

So gross auch in Deutschland die Arbeitslosigkeit unter den Berufskollegen ist, Kollegen, haltet hoch die Solidarität, lasst Euch nicht gegen Eure Klassengenossen missbrauchen! Kein deutscher Kollege, kein Kollege von den übrigen Ländern darf nach Strassburg reisen, solange nicht tarifliche Verhältnisse geschaffen sind!

Verschiedenes

Rationalisierung der Hauswirtschaft.

Kosten, Zeit und Kraftbedarf der Fußbodenreinigung.

Das Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit hat auch eine Untersuchung durchgeführt, die die Fußbodenreinigung im Haushalt zum Gegenstand hat. Die Untersuchungen wurden nach Versuchsplänen von Hausfrauen, Schulen und wissenschaftlich arbeitenden Stellen ausgeführt. Es wurden untersucht: das Aufwischen, das Delen und Bohren des Fußbodens. Hinsichtlich der Kosten, Zeit und Kraft eines 25 qm großen gestrichenen oder mit Linoleum belegten Fußbodens bei fünfmaliger Reinigung je Woche, einschließlich aller Nebenarbeiten, wie Herbeischaufen und Reinigung der Geräte, Befestigung der Möbel, Lüften der Räume usw., hat das Untersuchungsergebnis zu folgenden Resultaten geführt:

Aufwischen mit Schrubber und Scheuertuch	Kosten	Arbeitszeit
Bei Verwendung eines Scheuermops	5,40 M	96 St.
Bei Verwendung eines Delmops	9,30 "	82 "
Bei Verwendung eines Bohnerbefeßens	15,80 "	52 "
Bei Verwendung eines Befeßens mit Bohnerfuch umwickelt	10,— "	61 "
	9,70 "	63 "

Aus obigen Angaben ist ersichtlich, daß die billigste Methode das Aufwischen mit Schrubber und Scheuertuch ist. Sie erfordert allerdings auch die längste Zeit und beansprucht durch die unangenehme Arbeit des Auswringens viel Kraft. Die Verwendung eines Scheuermops mit Auswringvorrichtung erhöht zwar die Kosten, gekaufte aber Zeiterparnisse und ermöglicht eine bessere kraftsparende Körperhaltung. Die teuerste Methode ist nach den Untersuchungen diejenige der Staubbindung durch Delen. (Verwendung eines ölgetränkten Mops.) Die gegenüber der ersten Reinigungsmethode gestiegenen Kosten ermöglichen aber eine Zeiterparnis von etwa 44 Stunden im Jahre. Dabei ist die Körperhaltung noch besonders bequem. Empfohlen wird die Verwendung der schweren Bohnerbefeßens. Wenn versucht wird, die Anschaffung eines Bohnerbefeßens dadurch zu umgehen, daß behelfsmäßig ein gewöhnlicher Befeß oder Schrubber mit einem Bohnerfuch umwickelt wird, dann bleiben durch geringere Lebensdauer des Gerätes die Kosten und auch die Zeiten annähernd gleich. Die Arbeitshaltung wird aber durch die Notwendigkeit der Ausübung eines stärkeren Druckes bedeutend anstrengender. Soweit die Untersuchungen des R.K.W. die Untersuchungsergebnisse bilden eine Grundlage, auf der weitergearbeitet werden kann. Freier wurden vom R.K.W. W a s c h v e r s u c h e gemacht, die zum Ziel haben, den Einfluß der verschiedenen Waschverfahren auf die Festigkeit der Gewebefaser festzustellen. Ueber die Warmwasserwirtschaft (zweckmäßige Ofenheizung) werden ebenfalls Versuche gemacht. Man kann sich nur freuen, daß auch das Gebiet der Hauswirtschaft einmal gründlich untersucht wird. Denn auch die Arbeit der Hausfrau ist der Untersuchung wert.

Einen agrarpolitischen Schulungskursus mit Studienreise veranstaltet der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit zusammen mit der agrarpolitischen Zentralkstelle in der Zeit vom 25. Juni bis 11. Juli unter der Leitung der Genossen Dr. W i l b r a n d und Dr. P a h l in die wichtigsten landwirtschaftlichen Gebiete der Provinz Brandenburg, Grenzmark und Pommern.

Die Veranstaltung beginnt mit einem Einführungskursus in Berlin, der vom 18. bis 20. Juni dauert und die folgenden Fragen behandelt: „Unser Agrarprogramm“, „Die landwirtschaftliche Lage in Deutschland“, „Die landwirtschaftlichen Verhältnisse in Brandenburg, der Grenzmark und Pommern“, „Die national-, wirtschafts- und bevölkerungspolitischen Fragen des deutschen Ostens“. Vorgelesen ist ferner ein Bericht beim Deutschen Landarbeiterverband mit Informationen über die Lage und organisatorischen Verhältnisse der Arbeiter. Ebenso erfolgt eine Besichtigung der städtischen Güter Berlins.

Der Schulungskursus dient der Einführung in die zweiwöchige Studienreise, die den Teilnehmern einen Einblick in die landwirtschaftlichen Verhältnisse und die wichtigsten Betriebsformen vermitteln soll, um ihnen vielseitige Anregungen für die Landogitation zu geben.

Ein ausführlicher Plan mit den näheren Bedingungen ist unentgeltlich durch den Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, zu beziehen.

Eingelandt

Eindrücke und Gedanken.

Durch den Betrieb wandelt das Entlassungsgepenst. Es macht viele Kollegen zittern. In der Hauptsache kommen junge Kollegen der Holz- und Metallbranche mit zum Teil ängstlichen Gesichtern und erkundigen sich, ob sie auf der Entlassungsliste stehen. Der Betriebsrat kann aber noch keine Auskunft geben, da ihm von seiten der Betriebsleitung noch keine Meldung zugegangen ist. Viele

Schafft Arbeit für das Malergewerbe!

Meldet anstrichbedürftige Objekte an den Reichsausschuß für Sachwerterhaltung in Berlin!

Meidekarten sind beim Filialvorstand zu haben.



Schutz vor Wetter und Vandalen! Lack und Farbe überall!

(Bezugsgebühr monatlich 75 S., Preis des Einzelheftes 90 S.) durch Ihre interessanten Artikel über alle Gebiete des Bau- und Wohnungswesens. Bemerkenswert sind ein Aufsatz über das **B a u p a r e n**, der für alle Leichtigläubige ernsthaft Warnungen enthält; weiter die Vorschläge des Regierungsrates **M a g H a r t e c k** für eine gerechtere Erhebung der Hauszinssteuer. Durch die jetzige Abführung der Hauszinssteuermittel (und in den letzten Jahren Millionen unberechtigterweise in die Taschen der Hausbesitzer geflossen, für die Tausende von Wohnungen hätten gebaut werden können. Auch ein Aufsatz über die Verhütung von Bauunfällen durch die Einrichtung von Baumängellisten aus der Feder des Architekten **J a h n** verdient Erwähnung. Durch beide Nummern geht ein Aufsatz von **H u g o S c h e i b e l** über **T e c h n i k — M e n s c h — M a s c h i n e**, der noch fortgesetzt wird. Kurze Notizen berichten ferner über den Zusammenbruch verschiedener Bauparaffen, die Entwicklung einer Anzahl Bauhütten, und über eine neue Ringbildung im Groß-Berliner Glasergewerbe.

Gewerkschaftliches

Die Entlassungen der Stamarbeiter.

Die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt werden sehr deutlich beleuchtet dadurch, daß die Zahl der Entlassungen auf Unterfertigung sich häufen, daß also Arbeiter zur Entlassung kommen, die seit Gründung der Reichsanstalt am 1. Oktober 1927 keine Unterfertigung bezogen haben. Beim Landesarbeitsamt Westfalen hat sich die Zahl der Entlassungen seit November 1929 von 20 auf 40 % erhöht. Es sind also in großem Umfang eingearbeitete Stamarbeiter zur Entlassung gekommen. In einigen Bezirken des obigen Landesarbeitsamts erhöhte sich die Zahl der Entlassungen sogar auf 50 %. Im Mai läuft dort die Sperrfrist von 100 Stilllegungsanträgen ab, wodurch wiederum zahlreiche Arbeiter im Industriegebiet zur Entlassung kommen. Der Ruhrkohlenbergbau hat seit Ende Januar eine Belegschaftsverminderung um 35 000 Mann erfahren, doch ist der Tiefstand noch nicht erreicht. Es sind überall wenig erfreuliche Gesichtspunkte, die man wahrnimmt, wenn man das Arbeitsproblem betrachtet.

Sozialpolitisches

Staatsbürgerrechte und Lastenverteilung.

Die politischen Rechte eines jeden Staatsbürgers sind in der deutschen Republik gesetzlich gleichgestellt. Diese gleichberechtigte Gleichstellung wird aber ins Gegenteil verwandelt, wenn man die wirtschaftliche Abhängigkeit des einen Volksteiles von dem andern in Berücksichtigung zieht. Das Preussische Kammergericht hat nach einer Notiz der Zeitschrift „Ruhr und Rhein“ kürzlich einen Spruch gefällt, der folgenden klassischen Satz enthält: „Der Arbeitnehmer, der die Rechte des Staatsbürgers voll genießt, soll entsprechend seinen Kräften zu den Lasten des Staates beitragen.“ Bei dem Rechtsstreit handelte es sich um die Frage, ob bei Berechnung des unpfändbaren Teiles des Einkommens die Einkommensteuer und die Beiträge zur Sozialversicherung vorweg abzuziehen sind. In der Begründung heißt es unter anderem: „Richtig ist allerdings, daß der Arbeitnehmer im allgemeinen nur das als Arbeitslohn ansehen wird, was er nach Abzug der Steuern und der sozialen Lasten bar ausgezahlt erhält. Dies ist der Betrag, mit dem er bei Bestreitung seiner Ausgaben rechnet. Von diesem Standpunkt aus würden die Steuern usw. Lasten sein, die der Arbeitgeber im öffentlichen Interesse tragen muß, und zwar im Verhältnis zu der Lohnsumme, die er an seine Arbeitnehmer auszahlt. Der Gesetzgeber hat eine solche Art der Lastenverteilung aber bewußt abgelehnt. Der Steueranspruch des Reiches hat zur Voraussetzung, daß der Lohnanspruch in der im Arbeitsvertrag festgesetzten Höhe besteht. Würde man als Lohn den nach Abzug der Steuern und der Sozialbeiträge verbleibenden Lohnanteil ansehen, so würde dies zu einer durch nichts gerechtfertigten Besserstellung des Einkommens der Lohnempfänger gegenüber dem Einkommen der übrigen Staatsbürger führen. Deshalb ist bei der Berechnung des pfändbaren Betrages die volle Lohnforderung zu berücksichtigen.“ Nun folgt der oben erwähnte Satz über Staatsbürgerrechte und Lastenverteilung.

Es ist erstaunlich, welche juristische Klippe angewandt werden, um die Pflicht der Hand- und Kopfarbeiter nachzuweisen, zu den Staatslasten beizutragen. Dabei weiß jeder, daß die Belastungen, die die breite Masse durch die direkte Besteuerung und vor allem durch die indirekten Steuern beiträgt, wesentlich höher sind, als diejenigen, die die besitzenden Schichten zu tragen haben. Bei den arbeitenden Schichten gehen die Staatslasten von den hohen Einkommen ab, die in den meisten Fällen nicht einmal ausreichen, um die Familie vor der Verarmung zu schützen. Die Lasten der Besitzenden werden zum großen Teil auf die Warenpreise draufgeschlagen, oder, falls dies nicht der Fall ist, bleibt noch ein so hoher Betrag, daß ein luxuriöses Leben möglich ist. Angesichts dieser feststehenden Tatsache von einem hohen Gericht bescheinigt zu sehen, daß der Arbeiter, der die Rechte des Staatsbürgers voll genießt, seinen Kräften entsprechend zu den Lasten des Staates beitragen soll, nimmt sich geradezu als eine Verhöhnung aus. Es wird Zeit, daß diese weltfremden Richter durch Leute ersetzt werden, die sich nicht im luftleeren Raum bewegen, sondern mit den tatsächlichen Verhältnissen vertraut sind.

Wie der Kaufkraftausfall auf die Wirtschaft wirkt.

Die außerordentlich hohe Arbeitslosigkeit und die verhältnismäßig geringen Verdienste der in Arbeit Stehenden macht sich naturgemäß bei dem Warenverbrauch bemerkbar. Der Kaufkraftausfall zeigt sich sehr deutlich bei den Warenbesitzern. Diese blieben im März beträchtlich hinter der Vorjahreshöhe zurück. Und zwar bei der Bekleidung um 24 %, bei Hausrat um 9 %, insgesamt um 19 %. Diese Minderung ist allerdings auf den Ausfall des Ostergeschäfts zurückzuführen. Daß aber der Gesamtumsatz

Arbeitskollegen verlieren dadurch ihre innere Ruhe; sie sind aufgeregter, was sich leicht ungünstig auf ihre Arbeit auswirkt, so daß sie dem Unternehmer erst recht Gründe zu ihrer Entlassung liefern. Geht der Werkmeister, Betriebsassistent, Ingenieur oder sonstiger Vorgesetzter durch den Betrieb, glaubt schon mancher seine Entlassung in Empfang nehmen zu müssen. Sie atmen auf, wenn keine dieser Halbgothheiten die Kündigung des Arbeitsverhältnisses ausgesprochen hat. Geht der Betriebsrat durch die Werkhallen, wird er von allen Seiten angegangen, weil jeder erfahren möchte, wie es mit seiner Entlassung steht. Alle, an denen der Keldch vorübergegangen ist, freuen sich, was schon aus ihrem Mienenspiel zu ersehen ist. Muß man aber dem fragenden Kollegen Unangenehmes berichten, dann kann man verbissene Wut und Aerger über das nun kommende in den Gesichtszügen des bedauernswerten Kollegen lesen. Wer die Not der Arbeitslosen kennt, wird mit ihnen fühlen. Unwillkürlich drängt sich die Frage auf: „Wer ist der Schuldige an den Leidenswegen, die der einzelne Arbeiter, ja das ganze schaffende Volk durchwandern muß?“ — Der starke Arbeitswille des produktiv schaffenden Arbeiters, oder die die Arbeitskraft ausbeutende, gewinnstüchtige kapitalistische Wirtschaftsführung, die nur an möglichst hohe Profite denkt, der aber das Gesamtwohl des Volkes gleichgültig ist? M. Fendt, München.

Fachtechnisches

Der Kulturfilm „Die schaffende Hand“ des Reichsausschusses für Sachwerterhaltung durch Anstrich, Berlin W 50, Ansbacher Straße 9, gelangt zur Vorführung: vom 13. bis 16. Juni im „Kino-Palast“, Jittau; vom 16. bis 18. Juni in den „Vereinigten Lichtspielern“, Eisenburg; vom 24. bis 30. Juni im „Kino-Palast“, Braunschweig; vom 24. bis 30. Juni in den „Vereinigten Theatern“, Braunschweig, Auforstraße Nr. 3; vom 27. Juni bis 3. Juli im „Industrie-Theater“, Daffeln in Westfalen und vom 1. bis 3. Juli im „Deon-Theater“, Bochum-Hochstraße-Riemke.

Wer es mit seinem Beruf ernst meint, darf keine Gelegenheit ungenutzt vorübergehen lassen, die unsern daniiederliegenden Gewerbe Arbeitsgelegenheiten verschaffen könnte. Diesem Zwecke dient auch der anerkannt gute Werbefilm „Die schaffende Hand“. Unsere Kollegen sollten deshalb in den oben aufgeführten Orten lebhaft Propaganda für den Besuch des Films in allen Kreisen machen, die irgendwie als Auftraggeber für berufliche Arbeiten in Frage kommen. Wird die Kundenwerbung dann noch durch sachgemäße Aufklärung unterstützt, kann auch der Erfolg nicht ausbleiben, der dann in seinen Auswirkungen dem ganzen Gewerbe zugute kommt.

Das neue Nachrichtenblatt Nr. 6 des Reichsausschusses für Sachwerterhaltung ist soeben erschienen und allen beteiligten Firmen wie stets zugängig. Der Reichsausschuss für Sachwerterhaltung (Berlin W 50, Ansbacher Straße 9) ist gern bereit, das neue Nachrichtenblatt jedem Interessenten auf Anfordern zuzustellen.

Fachliteratur

Taschenbuch für Maler und verwandte Berufe. Von Carl Koch, Kunstmaler in Kassel. Heinrich Kullinger, Verlagsgesellschaft m. b. H., Nordhausen am Harz. Der bekannte Verfasser beweist mit dem vorliegenden Taschenbuch für Maler aufs neue, was der vorwärtsstrebende Berufskollege im praktischen Leben je nach Bedarf schnell zur Hand haben muß: Einen zuverlässigen technischen Vorrat. Das kann man mit Recht von dem „Taschenbuch“ sagen, das in konzentrierter Form über alle Fragen des Malergewerbes Auskunft gibt. Besonders die Abhandlungen: Aus der Praxis; die Praxis, eine Auswahl täglich vorkommender Fragen in alphabetischer Ordnung; Fleckentfernung; Fachausdrücke; aus der Praxis; technische Vorschriften für Anleitungen; getrocknete Anstriche; Tabellen über die gebräuchlichsten Werkstoffe; Körperfarben; Bindemittel; Hilfsstoffe; Tabellen für die zwerbligen Werkzeuge, Geräte, Apparate usw.; Stilkunde und Entwicklung der Malerei werden alle Berufskollegen mit Interesse verfolgen. Wir können das Werk zur Anschaffung bestens empfehlen.

Malerjugend Nr. 6

Ein halbes Jahr erscheint jetzt die „Malerjugend“ als Nachfolgerin des „Maler-Lehrling“. Von kompetenten Stellen wurde uns bescheinigt, daß die „Malerjugend“ in der Aufmachung und im Inhalt ausgezeichnet sei. Die Zeitschrift sollte deshalb auch bei den Funktionären unseres Verbandes die größte Beachtung finden.

In der Nr. 6 wird im Leitartikel auf die tarifliche Regelung des Lehrlingswesens eingegangen und an Hand der diesmaligen Tarifverhandlungen gezeigt, was vom Vorstand getan wurde, um zum gewünschten Ziel zu kommen. Ein Artikel vom Kollegen Albrecht, Bangen, orientiert die Lehrlinge über ihr Verhältnis zur Sozialversicherung. Kollege Volkert, Frankfurt am Main, berichtet über die Erfahrungen beim Vorbereitungskursus der dortigen Jungkollegen zur Gesellenprüfung. Dieser Artikel sollte in allen Filialen genau beachtet werden, da er wertvolle Fingerzeige für eine erfolgreiche Jugendarbeit enthält. Gewerbenlehrer H. Wulf, Berlin, berichtet zum Jahrestag einer reich bebilderten Artikel „Moderne Bleiweißherstellung“ bei. Ein Artikel „Jugendberatung und Jugendnot“ zeigt, wie es zum mindesten in der Großstadt in vielen Fällen um die Jugend bestellt ist. Das Mitglied des Gesellenprüfungsausschusses bei der Hamburger Innung, Kollege Hoffinger, berichtet von dem diesjährigen Prüfungsergebnis. Die Rubrik „Aus den Abteilungen, Hinweisen und Gedichte, vervollständigen den lehrreichen Inhalt.

Achtung! Feuergefahr!

Jährlich werden für über 400 Millionen Mark Sachwerte durch Feuer vernichtet. Dafür könnte man 20.000 Siedlungshäuser zur Unterbringung von 200.000 Menschen errichten!

Merke dir: nur ordnungsmäßig hergestellte und unterhaltene elektrische Anlagen sind feuersicher!



Bestell-Nr. — 294 — der Unfallverhütungsbild G. m. b. H. Berlin W 9, beim Verband der Deutschen Berufsvereinigungen

Bügeleisen auf feuerbeständige Unterlagen stellen, elektrische nach Gebrauch ausschalten! — Vorsicht mit feuergefährlichen Flüssigkeiten! — Auf Rauchverbot achten! — Drei Viertel aller Brände entstehen durch Unvorsichtigkeit! (Aus „Feuerverhütung! Das Büchlein für alle.“)

Vom 9. Juni bis 15. Juni ist die 24. Beitragswoche
Vom 16. Juni bis 22. Juni ist die 25. Beitragswoche

Literarisches

Ausgaben der „Vollstänigkeit“, Mannheim. 40 Jahre sind verfloßen, seitdem das Kampforgan der Mannheimer Arbeitergenossen errichtet wurde. Aus Anlaß dieses 40jährigen Jubiläums erschien eine 4seitige, illustrierte Ausgabe zu der zahlreiche Genossen und Genossinnen der Sozialdemokratischen Partei wertvolle Beiträge lieferten. „Neuland.“ Von Kurt Wulfe. Preis 60 S. Verlag Erich Mittenberger, Waldenburg-Altwasser (Schlesien). Eine wertvolle Bereicherung unserer Jugendliteratur, ein Spiel von starker Werbestärke. Das Spiel bietet jedem Zweig der proletarischen Jugendbewegung die Möglichkeit, über aus seiner Arbeit zu zeigen. Es eignet sich in gleicher Weise für große als auch für kleine Gruppen, und kann allen Jugendorganisationen nur bestens empfohlen werden.

Der Kampf gegen die große Gefahr der Menschheit. Zu den schlimmsten Feinden der Menschheit gehören die Geschlechtskrankheiten, über deren verheerende Folgen leider noch viel Unklarheit besteht. Der dringend erforderlichen Aufklärung über diese Fragen dient das Büchlein „Schutz vor Unstetung, Wie ich mich vor Geschlechtskrankheiten“ des bekannten Facharztes Dr. Levy-Lenz, von dem das 71. bis 80. Jahrgang vorliegt. Es wird besonders durch die Krankenlisten und städtischen Beratungskassen vertrieben, kann aber für 60 S. durch jede Buchhandlung oder direkt vom Verlag Albert Baumeyer in Berlin-Hellersdorf bezogen werden. Hier erziehen von demselben Verfasser: „Wenn Frauen nicht gebären dürfen. Bedeutung und Methode der Empfängnisverhütung“, 84 Seiten mit 32 Abbildungen. Preis 1 M.

Gewerkschafts-Archiv. Monatshefte für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Herausgegeben von Karl Zwing, Jena. Verlag Karl Zwing, Verlagbuchhandlung, Jena. Vierteljahrsabonnement 3,60 M. Aus dem Inhalt des vorliegenden Heftes heben wir hervor: Hinter der Fassade der Wollentrafik. — Zur Geschichte des englischen Geldsozialismus. — Der konjunkturelle Arbeitsmarkt. — Stand der Betriebsrätebewegung. — G.-A.-Rundschau: Anmerkungen, Sozialpolitik, Technik, Bücherkritik, Gewerkschaftliche Bibliographie. — Unsere Filialverwaltungen kann die Zeitschrift zum Abonnement empfohlen werden.

Organisations- und Werbetechnik in der Arbeiterbewegung. Von Erich Winkler, Einz-Gera. Erster Teil: Die Politik und ihre Ziele. 164 Seiten. Halbleinen 5,40 M. Verlag Karl Zwing, Verlagbuchhandlung, Jena. Der wirtschaftliche, rechtliche und soziale Kampf der Arbeiterklasse vollzieht sich vorwiegend in der Sphäre der Politik. Es scheint nun, als ob diese Kampf immer mehr nur von Beruf wegen wirksam ausgeübt werden kann, und daß der einzelne immer weniger vermag, hinter die Kulissen der Politik zu schauen. In diesem Buche ist deshalb der Versuch unternommen, dieses wichtige Gebiet durchsichtiger zu machen, indem es das politische Handeln in die allgemeinen gesellschaftlichen Zusammenhänge stellt. Es zeigt den gesellschaftlichen Rahmen, der für jede Werbung und Organisationsarbeit gilt. Es wendet sich an alle diejenigen, die an irgendeinem Punkte in der Arbeiterbewegung von der Organisation aus oder für die Organisation eingesetzt sind: an den Vertrauensmann, an die Angestellten der Arbeiterbewegung, an die Redakteure der Partei- und Gewerkschaftszeitungen, vor allem auch an alle jungen Menschen, die aus ihrer Arbeitstage und aus ihrem Kampfbüchlein heraus immer stärker die Problematik der Politik hören. Gerade ihnen zeigt das Buch, wie weit wir in mechanische Abläufe verstrickt sind und wo die Punkte sind, an denen wir diese Bindungen aufheben können. Es geht somit über Organisations-Technisches weit hinaus.

Marr und Engels als Freidenker in ihren Schriften. Von Angelica Balabanoff. Verlagsgesellschaft „Der Freidenker“, Berlin SW 29, Gneisenaustraße 1. Preis 1,25 M. — Die Schrift stellt sich die Aufgabe, den Arbeiter nicht nur mit den Ansichten der beiden Altmeister über Religion und Religiosität bekanntzumachen, sondern darüber hinaus zu zeigen, daß der Materialismus, wie ihn Marr und Engels ausgearbeitet haben, zur Überwindung der Metaphysik und so ein Hand- und Kampfbuch entstanden.

Bereinstell

Bekanntmachung.

An Stelle des verstorbenen Kollegen Jaeschmann wurde der bisherige Bevollmächtigte der Filiale Frankfurt a. M., Kollege Philipp Hahn, zum Bezirksleiter des ersten Verbandsbezirks gewählt. Wir suchen daher für die Filiale Frankfurt a. M. einen Geschäftsführer. Der zu wählende Kollege muß dem Verband mindestens fünf Jahre angehören, die Einrichtungen unserer Organisation auf das genaueste kennen und über gute organisatorische und agitatorische Fähigkeiten verfügen. Dem Bewerbungsschreiben ist ein kurzer Bericht über die bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung und eine Abhandlung über die Aufgaben eines Geschäftsführers beizufügen. Kollegen, die sich um die Stelle bewerben und obigen Anforderungen entsprechen, werden gebeten, ihre Bewerbungsschreiben bis zum 30. Juni an das Büro der Filiale Frankfurt a. M., Allerheiligenstraße 51, 3. Stock, einzusenden. Der Umschlag muß die Aufschrift „Bewerbung“ tragen. Der Verbandsvorstand.

Sterbetafel.

Berlin. Am 26. Mai starb der Kollege Johannes Schloffer, geboren am 11. Dezember 1877 in Hirschbader. Mitglied seit 1898.
Frankfurt a. M. Am 28. Mai starb unser treuer Kollege August Fiesler an den Folgen einer Blinddarmentoperation.
Friedberg i. H. (Zahlstelle Dorheim.) Am 19. April starb unser treuer Kollege Wilhelm Bommersheim im Alter von 52 Jahren an Lungenentzündung.
Leipzig. Am 29. Mai starb unser langjähriges Mitglied, Kollege Otto Schöwimer im Alter von 61 Jahren an Herzschlag. — Kollege Reinhold Mühle im Alter von 31 Jahren, scheidet durch Freitod.
Ehre ihrem Andenken!

MEISTERPRÜFUNG

Gründliche Vorbereitung durch Fernunterricht. Ausbildung z. Geschäftsführ. Erfolg garant. Fr. Wenzel, Nannhof Leipzig

Wer jetzt anspruchsbefürchtete Objekte dem Reichsausschuss für Sachwert-Erhaltung durch Anstrich

meldet, nützt sich selbst, nützt der Allgemeinheit und hilft mit, die Arbeitslosigkeit im Winter zu verringern. Deshalb soll jeder Berufsangehörige, Meister wie Gehilfe, die Meldekarten ausfüllen und einsenden. Wer keine Meldekarten hat, fordere sie beim Reichsausschuss für Sachwert-Erhaltung, Berlin W 50, Ansbacher Straße 9, sofort an; sie werden ihm kostenlos zugestellt.

Fahrgeld sparen



fahren

Kleinste Wochen- oder Monatsraten

LINDCAR-FAHRRADWERK

Berlin-Lichtenrade

Unternehmen d. Gewerkschaftler

28 Groß-Niederlagen. Aushilf und Bestellung durch alle Ortsausschüsse des ADGB.